

Editorial

Die Arbeitsgemeinschaft Familien- und Erbrecht ist seit Herbst letzten Jahres die mitgliederstärkste innerhalb des DAV. Ihr gehören jetzt **5.707** (Stand 1.1.2005) Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte an. Neben dem umfangreichen Fortbildungsangebot der jährlichen Herbsttagung und vielen Einzelveranstaltungen in den Regionalbezirken vor Ort haben sich viele Anwältinnen und Anwälte dazu entschlossen, Mitglied zu werden, weil die Arbeitsgemeinschaft eine eigene Fachzeitschrift, das Forum, hat. Seit Jahren sind der Geschäftsführende Ausschuss, Beirat, Redaktion und Verlag bestrebt, das Forum noch attraktiver und vor allem noch aktueller zu machen.

Wir sind übereingekommen, die Zeitschrift umfangreicher zu gestalten und „die Schlagzahl zu erhöhen“. Dies bedeutet, dass statt sechs Heften in den letzten Jahren ab **1.1.2005** zunächst **acht Hefte**, später zehn Hefte erstellt werden sollen. Zu diesem Zweck ist das erste Heft in diesem Jahr ein Doppelheft. Statt 36 Seiten werden 76 Seiten Text angeboten. Dies ermöglicht natürlich vor allem auch Entscheidungen, Urteilsanmerkungen und Aufsätze, die bisher aus Platzmangel nicht veröffentlicht werden konnten, in das Heft hineinzunehmen. Außerdem haben wir weitere Rubriken eingeführt, insbesondere FF aktuell, in das wir kurz vor Redaktionsschluss noch aktuelle Fälle, Mitteilungen des BMJ hineinnehmen können. Aber auch die Arbeitshilfen sollen der täglichen Arbeit nützlich sein (in diesem Heft: Vermögensauseinandersetzung au-

ßerhalb des Zugewinnausgleichs mit Checkliste von VRiOLG Wever, Bremen).

Auch das Layout und die Farbigkeit der Heftinnenseiten wurden überarbeitet. Wir hoffen, dass Ihnen das Heft in seiner neuen Gestalt zusagt.

Das Jahr 2005 wird im Familienrecht mit Sicherheit sehr spannend werden: Wir haben bereits die Eckpunkte des Bundesjustizministeriums zum Unterhaltsrecht veröffentlicht (Heft 6/2004 in der neuen Rubrik FF aktuell). In diesem Heft wird das Eckpunktepapier zur Patientenverfügung abgedruckt.

In diesem Jahr sollen neben diesen beiden Bereichen zwei weitere „Baustellen“ abgeschlossen werden, einmal die Regelung des Versorgungsausgleichs, mit der sich u. a. der Familienrechtsausschuss des DAV Ende Januar in Berlin befassen wird, sowie die FGG-Reform (Stichwort großes Familiengericht).

Außerdem ist die große Justizreform in der Diskussion der Justizpolitiker der Länder und des Bundes. Die 76. JuMiKo wird unter dem Vorsitz des Justizministers von NRW Gerhardts Mitte April in Dortmund stattfinden (Stichwort u. a. Scheidung light).

Hierüber wird ausführlich zu berichten sein.

Ingeborg Rakete-Dombek

Klaus Schnitzler

Mitteilungen

Geschäftsbericht 2004

Geschäftsbericht der Vorsitzenden des Geschäftsführenden Ausschusses der Arbeitsgemeinschaft Familien- und Erbrecht zur Mitgliederversammlung am 27.11.2004 in Augsburg

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen, der Geschäftsbericht umfasst den Zeitraum seit der letzten Mitgliederversammlung am 29.11.2003 in Hamburg. Wir können uns über einen rasanten Mitgliederzuwachs freuen: Am 1.11.2003 hatte die Arbeitsgemeinschaft 4.996 Mit-

glieder, am 19.10.2004 waren es 5.560, es haben sich also 564 Kolleginnen und Kollegen für die Mitgliedschaft entschieden. Wir haben damit die Mitgliederzahlen der Arbeitsgemeinschaft Verkehrsrecht, die bisher an der Spitze aller Arbeitsgemeinschaften des Deutschen Anwaltvereins lag,

übertroffen und sind nun die größte DAV-Arbeitsgemeinschaft.

In der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 7.2.2004 wurde der neue Geschäftsführende Ausschuss gewählt. Die Kollegin Frau *Dr. Eva Niebergall-Walter* und der Kollege Herr *Fritz Weiffenfels* wurden neu in den Geschäftsführenden Ausschuss gewählt und der Ausschuss erhielt, nach dem Ausscheiden von Frau Kollegin *Dr. Ingrid Groß*, der Initiatorin und Gründerin der Arbeitsgemeinschaft, erstmals seit ihrer Gründung eine neue Vorsitzende: Frau Rechtsanwältin und Notarin *Ingeborg Rakete-Dombek*.

Im Berichtszeitraum hat der Geschäftsführende Ausschuss vier Mal getagt und in diesen Sitzungen das vielfältige Veranstaltungsprogramm geplant, über die Zeitschrift, die Schriftenreihe, den Internet-Auftritt der Arbeitsgemeinschaft und vieles mehr beraten und entschieden. Die Sitzungen fanden vom 30.1. bis 1.2.2004 in Bonn, vom 1. bis 3.4.2004 in Augsburg, vom 15. bis 17.6.2004 in Ettlingen und vom 23. bis 25.9.2004 in Bonn statt. Es ist inzwischen zur Tradition geworden, dass die Sitzungen im Frühjahr am Ort der Herbsttagung desselben Jahres und die Sitzung in Ettlingen des Austausches mit den BGH-Richtern wegen bei Karlsruhe stattfinden.

Einen Beweis für die zukunftsweisende Planung der Arbeitsgemeinschaft lieferte wieder einmal ihr Beitrag zum Deutschen Anwaltstag. Thema der Veranstaltung am 21.5.2004 in Hamburg: „Die ewige Unterhaltslast“. Anlässlich des diesjährigen Deutschen Juristentages stellte dann die Bundesjustizministerin im September 2004 Überlegungen vor, die die „ewige“ Unterhaltslast infrage stellen und kündigte einen Gesetzentwurf zur Reform des Unterhaltsrechts noch für dieses Jahr an.

An den über 80 Fortbildungsveranstaltungen nahmen rund 3.250 Kolleginnen und Kollegen teil. Auch dies, wie der Anstieg der Mitgliederzahlen, ein rekordverdächtiges Ergebnis. An der Fortbildung beteiligt und in sie eingebunden waren traditionell die Regionalbeauftragten der Arbeitsgemeinschaft, die in ihrer Region stattfindende Seminare angeregt, im Einzelfall selbst organisiert und fast immer moderiert haben. Die von ihnen organisierten Stammtische werden von den Kolleginnen und Kollegen als Möglichkeit zum Austausch über den Arbeitsalltag gern angenommen. Den Regio-

nalbeauftragten sei für ihr Engagement an dieser Stelle sehr herzlich gedankt.

Unmittelbar nach dem Anwaltstag fand auch in diesem Jahr die Studienreise nach Griechenland statt – es war bereits die „Neunte“, sodass die Griechen im nächsten Jahr das „Zehnjährige“ feiern können. Vom 24. bis 31.5.2004 befassten sich die Teilnehmer in Pythagorion auf Samos mit „Kommunikation und Rhetorik – Von den alten Griechen zu den neuen Medien“. Die Einführung in die griechische Rhetorik hatten der DAV-Präsident, Herr *Hartmut Kilger*, und Frau *Dr. Ingrid Groß* übernommen.

Mit der „Billigkeits- und Angemessenheitskontrolle vertraglicher Vereinbarungen und gesetzlicher Regelungen“ befassten sich vom 6. bis 13.3.2004 die Teilnehmer des Seminars in Warth, das wiederum Schnittstellen zwischen Steuer-, Familien- und Erbrecht beleuchtete. Das einwöchige Seminar hat bereits zum dritten Mal stattgefunden.

Zu den mehrtägigen, ständigen Seminaren gehört auch der Sommerintensiv-Kurs in Saas Fee. Dort waren – vom 5. bis 11.9.2004 – ausgewählte Themen zum Versorgungsausgleich und zum Steuerrecht Inhalt von Vorträgen und Diskussionen.

„Steuerfragen und Steuerfolgen bei der Auseinandersetzung des ehelichen Vermögens“ und „Ehe bezogene Zuwendungen und Ehegatten-Innengesellschaft in der Vermögensauseinandersetzung“ waren die Themen, mit denen sich die „Weltenburg-Teilnehmer vom 19. bis 20.3.2004 in Kelheim auseinandersetzen.

Allein die Zeitschrift „FORUM“ ist für viele Interessierte Grund zum Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft. Sie wird zukünftig eine Auflage von mehr als 5.700 Exemplaren haben. Das FORUM ist, wie bisher, die zweitgrößte familienrechtliche Zeitschrift Deutschlands. Für die Gerichte ist sie inzwischen zum unverzichtbaren Arbeitsmittel geworden.

In der Schriftleitung hat es einen Wechsel gegeben. Der Schriftleiter, Herr Kollege *Klaus Schnitzler*, wird jetzt von Frau *Gabriele Göhler-Schlicht*, Vorsitzender Richterin am OLG Köln, die für den Rechtsprechungsteil zuständig ist, unterstützt. Beiden sei hier ein herzlicher Dank ausgesprochen!

Rechtsanwältin und Notarin *Ingeborg Rakete-Dombek*

Umfrage 2004: Prozesskosten- und Beratungshilfe

In Zeiten knapper Kassen stehen auch die Ausgaben für Prozesskostenhilfe auf dem Prüfstand.

Die Arbeitsgemeinschaft sah sich daher veranlasst, das Thema **Prozesskosten- und Beratungshilfe** zum Gegenstand ihrer Umfrage im Jahr 2004 zu machen, um von Seiten der wegen vermeintlich höherer Gebühren als Folge des RVG

angegriffenen Anwaltschaft fundiert auf etwaige Unzulänglichkeiten im Zusammenhang mit der Prozesskostenhilfebewilligung hinweisen zu können.

Die Umfrage, die eine große Resonanz bei den Mitgliedern hervorrief – von hier herzlichen Dank allen Mitgliedern für die